



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Mo. 9-12Uhr, Di. 13-16Uhr
Do. 8-12Uhr, Fr. 9-12Uhr

Konstanz, 16.11.2010

Pressemitteilung:

Siegfried Lehmann: „CDU bremst Bio-Landbau und Naturschutz aus“ Grüner Landtagsabgeordneter kritisiert Stopp bei Agrarumweltprogrammen

Als „Anschlag auf Biolandbau und Naturschutz“ bezeichnet der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann den vom Agrarministerium des Landes geplanten kompletten Stopp für Neubewilligungen für Agrarumweltmaßnahmen. „Besonders betroffen sind hiervon Öko-Landbau, naturnahe Grünlandnutzung, Streuobstbau und zahlreiche andere Kernfelder der zukunftsfähigen Agrarpolitik auch in der Bodenseeregion.“

Der Grüne Landtagsabgeordnete Lehmann weist darauf hin, dass er in den letzten Tagen aus der Bodenseeregion Rückmeldungen erbotener Landwirte erhalten habe. Die Landwirte fühlen sich laut Lehmann gleich auf mehrfache Art und Weise von der Landesregierung verschaukelt:

„Erstens haben die CDU-Minister Hauk und Köberle sowohl 2009 als auch 2010 versprochen, die Förderung für den Öko-Landbau zu erhöhen. Die Minister haben Anträge in Brüssel gestellt. Schon 2009 kam die angekündigte Erhöhung nicht zustande. 2010 genehmigte Brüssel die Erhöhung – und jetzt teilt CDU-Minister Rudolf Köberle rückwirkend mit, dass das Land nicht umsetzt, was die EU genehmigte. Planungssicherheit für die Landwirte existiert nicht mehr, Vertrauen wird missbraucht, Politikverdrossenheit weiter geschürt.“

Weiter führt Lehmann aus: „Zweitens und noch gravierender: Es sollen für den gesamten Zeitraum 2011 bis 2013 keinerlei Neuanträge mehr für Bio-Landbau und andere naturverträgliche Landwirtschaft mehr gestellt werden können. Wenn wir hören, dass zur gleichen Zeit die schwarz-gelbe Bundesregierung das Förderprogramm Ökologischer Landbau abschwächt und die schwarz-

gelben Landesregierungen in Bayern und Schleswig-Holstein ebenfalls die Bio-Landbau-Förderung zurückfahren, dann scheint es sich um Methode zu handeln. Und dies in Zeiten, in denen die Verbraucher immer mehr auch heimische Bio-Lebensmittel nachfragen. Zudem ist es völlig unstrittig, dass der Bio-Landbau einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz liefert. „Bio-Landbau im Würgegriff von Schwarz-Gelb“, könne man da nur noch sagen, so Lehmann.

Der Grüne Landtagsabgeordnete weist auf eine weitere gravierende Folge des Förderstopps hin: „Erst im November 2009 hatte Ex-Agrarminister Hauk mitgeteilt, dass für die in Baden-Württemberg so charakteristischen Blumenwiesen, die EU-weit als „artenreiche Flachland-Mähwiesen“ und als „Mäh-Bergwiesen“ unter dem Schutz der FFH-Richtlinie stehen, ein extra Maßnahmenpaket in Angriff genommen würde. Der Zustand dieser für Tourismus und Naturschutz gerade in der Bodenseeregion gleichermaßen wichtigen Wiesen hat sich entgegen der EU-Vorschriften deutlich verschlechtert. Und nun sagt die Landesregierung auch hier: Stopp für den Naturschutz, obwohl wir es anders angekündigt haben.“

Lehmann kritisiert zusammenfassend die Landesregierung scharf:

„Die CDU verschläft nicht nur den Bio-Trend. Sie ist sogar als Oberbremser gegen den Bio-Landbau tätig. Allein seit 2000 sank der Anteil der baden-württembergischen Bio-Landbauflächen an den Bio-Landbauflächen in Deutschland von 13,3% auf 10,6%. Diesen im Vergleich zu den anderen Bundesländern negativen Trend will die Landesregierung offensichtlich noch beschleunigen.

Die Landesregierung hat das Vertrauen vieler Landwirte massiv missbraucht. Diese haben teils bereits im Frühjahr 2010 im Vertrauen auf die Landesregierung ihre Kontrollverträge zur Umstellung auf Bio-Landbau abgeschlossen und teils Zigtausende von Euros in die Umstellung investiert. Wir fordern die Landesregierung auf, den Stopp der Agrarumweltmaßnahmen umgehend zu widerrufen. Hierzu haben die Grünen bereits einen Antrag an die Landesregierung im Landtag eingebracht.“